



# HESSISCHER LANDTAG

14. 03. 2017

Plenum

## **Antrag der Fraktion der FDP**

### **betreffend bezahlbares Wohnen in Hessen endlich realisieren statt nur darüber reden**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Wohnungsnot im Ballungsraum weiterhin eines der ungelösten und schwerwiegenden Probleme unserer Zeit ist. Als Ursachen für steigende Preise und die mangelnde Bautätigkeit kritisiert der Landtag die überzogenen Vorschriften im Bereich des Bauens, die mangelnde Flächenausweisung und die Steuererhöhungen im Bereich der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer.
2. Der Landtag stellt fest, dass die immer weiter zunehmenden Verschärfungen der Energieeinsparverordnung (ENEV) über das volkswirtschaftlich sinnvolle Maß hinausgehen. Unter anderem dadurch sind die Baukosten über die allgemeine Preisentwicklung hinaus angestiegen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für ein dreijähriges Moratorium der ENEV einzusetzen. Während des Moratoriums soll eine Evaluierung stattfinden, die unter anderem die volkswirtschaftlichen, gesundheitlichen und auch umweltpolitischen Folgen untersucht, die z.B. durch die Dämmung verursacht werden.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Kommunen im Ballungsraum Rhein-Main bei der Ausweisung von Bauland eine zu große Zurückhaltung an den Tag legen. Nur ca. 11 % der Wohnbauflächen des regionalen Flächennutzungsplans für den Zehnjahreszeitraum bis 2020 wurden bis zum Jahresende 2015 entwickelt. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Kommunen bei der Ausweisung und Erschließung von Bauland, bei der Nachverdichtung an geeigneten Stellen sowie bei der Schließung von Baulücken für mehr Flächenangebot zu unterstützen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Abschaffung der Mietpreisbremse stark zu machen. Diese ist offensichtlich Augenwischerei statt Bekämpfung der Ursachen steigender Mietpreise. Die Mietpreisbremse gibt ein negatives Signal an Investoren, deren Vertrauen in verlässliche Rahmenbedingungen und damit langfristig angelegte Investitionen in Wohnraum damit schwinden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die degressive Abschreibung, die 2005 abgeschafft wurde, wieder eingeführt wird. Damit würden Investitionen in Wohnraum zusätzlich attraktiver. Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, ein Modell für eine Grundsteuerbremse zu erarbeiten und auf einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Wohnimmobilie hinzuwirken.
6. Der Landtag stellt fest, dass die Probleme der Wohnungsknappheit nicht alleine im Ballungsraum gelöst werden können. Deshalb fordert er die Landesregierung auf, auch die Infrastruktur und die Verkehrsmobilität zwischen ländlichem Raum und Ballungsraum weiterzuentwickeln. Im ländlichen Raum ist die Eigentumsförderung das wichtigste Instrument zur Förderung von Wohnraum. Die Eigentumsförderung wurde von der Landesregierung so gut wie abgeschafft.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, sich für eine internationale Bauausstellung einzusetzen, die das Ziel hat, die Region Frankfurt-Rhein-Main zur "Smart Region" zu entwickeln und dabei die weitreichenden Veränderungen berücksichtigt, die sich durch die Digitalisierung bei Wohnen, Mobilität, Arbeiten, Bildung und Freizeit ergeben. Auch kann in diesem Rahmen geprüft werden, inwieweit "serielles Bauen" einen Beitrag zur Verringerung der Wohnungsknappheit leisten kann.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. März 2017

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Rentsch**